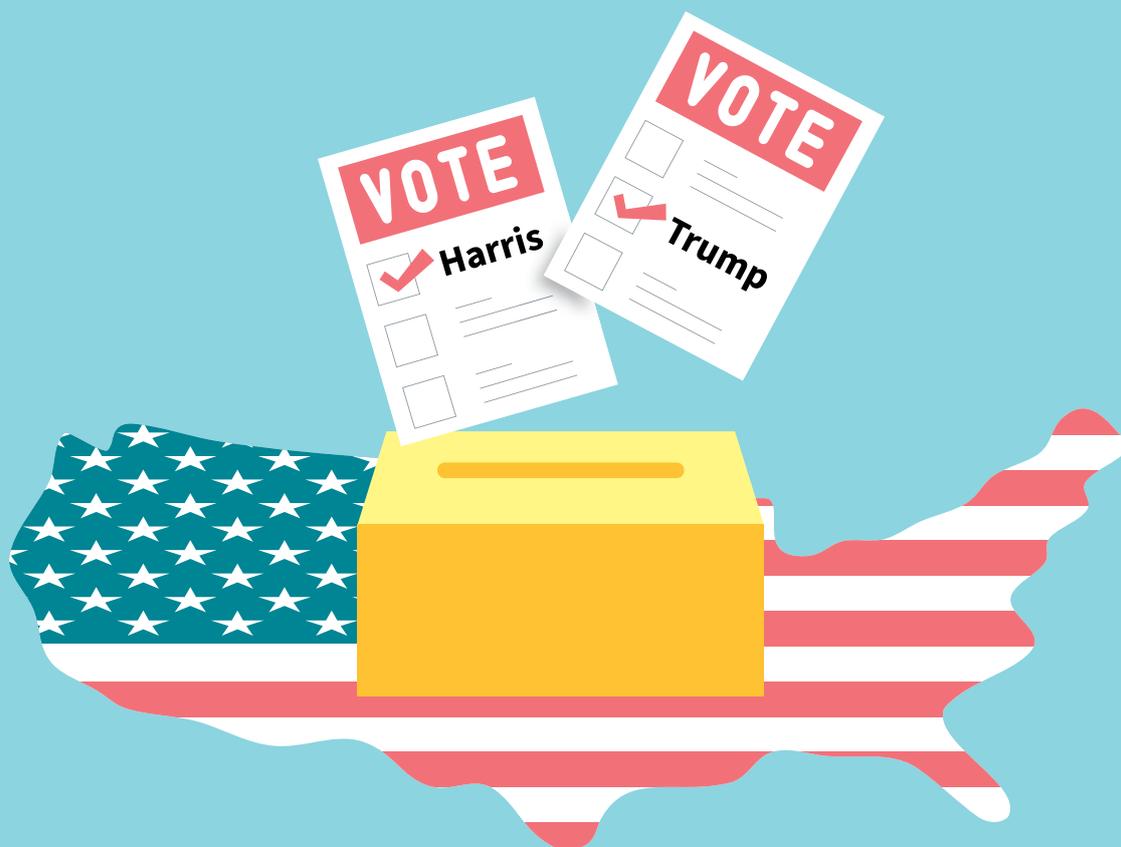


Die Richtungswahl



USA. Gespannt wird die Welt Anfang November auf die USA blicken. Dann entscheidet sich, ob Donald Trump oder Kamala Harris die Geschicke der Weltmacht in den kommenden vier Jahren lenkt. Mit Harris können sich Deutschland und die EU auf eine kooperative und verlässliche Zusammenarbeit einstellen. Für den Fall eines Trump-Siegs muss die europäische Staatengemeinschaft allerdings auf Unwägbarkeiten vorbereitet sein. Wie sich der Wahlausgang auf die internationale Politik auswirken könnte, erläutert im iwd-Interview Simone Menne, Präsidentin der American Chamber of Commerce in Germany. —> [Seiten 2-5](#)

Bundeshaushalt

Deutschland will vorerst mindestens 2 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung investieren. Doch mittelfristig droht eine Finanzierungslücke.

—> [Seite 10](#)

Pharmabranche

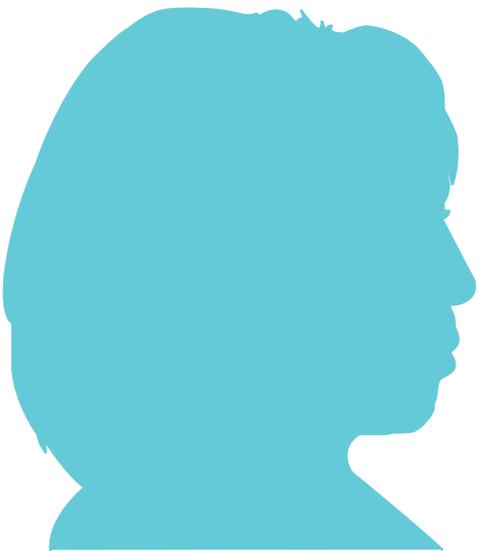
Damit die deutsche Pharmaindustrie im globalen Patentwettbewerb weiter mithalten kann, muss die Bundesregierung ihre Pharmastrategie konsequent umsetzen.

—> [Seiten 14-15](#)

Kampf um Amerikas Kurs



USA. Anfang November entscheidet sich, wer die kommenden vier Jahre die Geschicke der Vereinigten Staaten lenken wird. Die Wahl dürfte sich auch auf die EU auswirken – im Falle einer zweiten Präsidentschaft Trumps muss Europa vorbereitet sein.



Donald Trump oder Kamala Harris? Vor dieser Frage stehen bald die rund 244 Millionen Wahlberechtigten in den Vereinigten Staaten. Die Wahl in den USA am 5. November dieses Jahres wird darüber entscheiden, welchen politischen und wirtschaftlichen Weg die Weltmacht in den kommenden vier Jahren einschlägt.

Die aktuelle Vizepräsidentin Kamala Harris dürfte den bisherigen Kurs von Amtsinhaber Joe Biden in den meisten Bereichen fortsetzen. Unter Donald Trump dagegen würde die Politik mindestens so konfrontativ und unberechenbar sein wie in seiner ersten Amtszeit. Der Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Legislaturperioden zeichnet allerdings kein eindeutiges Bild – zumal die Coronapandemie als externer Einfluss einiges durcheinanderbrachte. Dennoch zeigen sich Unterschiede (Grafiken):

Das amerikanische Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich – die Pandemiejahre 2020 und 2021 außen vor gelassen – unter Trump mit einem durchschnittlichen Plus von 2,7 Prozent pro Jahr leicht besser als unter Biden mit 2,2 Prozent. Dafür schuf die Biden-Administration jährlich gut 1,2 Millionen Jobs mehr.

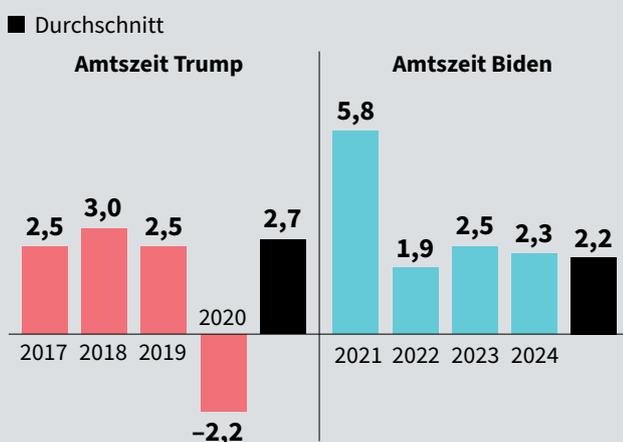
Auch über die Ländergrenzen hinaus wird die Wahl aufmerksam verfolgt, schließlich wirkt sich das Ergebnis ebenfalls auf die internationale Politik aus. Die größten außenpolitischen Unterschiede zwischen Trump und Harris im Einzelnen:

Handel. Im Gegensatz zu den Vorjahren unter Trump pflegte die Biden-Administration von beidseitigem Respekt geprägte diplomatische Beziehungen zu den europäischen Handelspartnern und wendete sich wieder stärker der transatlantischen Zusammenarbeit zu. Handelskonflikte mit der EU wie der um US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte wurden zwar nicht endgültig gelöst, aber wesentlich entschärft. Diesen Weg dürfte Harris fortsetzen.

Für Trump sind Zölle dagegen das zentrale Element der Handelspolitik. Er strebt eine Welthandelsordnung

USA: Ähnliches BIP-Wachstum unter Präsidenten

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts der USA im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



2024: Schätzung; Durchschnitte Amtszeiten Trump und Biden: ohne 2020 und 2021, da externer Einfluss durch Coronapandemie

Quellen: Bureau of Economic Analysis, Consensus Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

an, die statt auf transatlantische Partnerschaft auf wirtschaftlichen Protektionismus setzt. Selbst der Austritt aus der Welthandelsorganisation wäre denkbar.

Klimapolitik. Harris dürfte den von Biden eingeschlagenen Weg weitergehen, durch staatliche Subventionen einen Anreiz für Unternehmen zu schaffen, in den Klimaschutz zu investieren. Unter ihr würden die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut und die E-Mobilität vorangetrieben werden.

Trump setzt auf in den USA geförderte fossile Energiequellen. Beschränkungen wie strengere Effizienzstandards für verschiedene Fahrzeugtypen oder Auflagen für Kohlekraftwerke, die die Biden/Harris-Administration aus Klima- und Umweltschutzgründen eingeführt hat, dürfte er schnell wieder aufweichen. Den europäischen Green Deal lehnt er kategorisch ab, ebenso den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Elektrofahrzeugen. Der internationale Klimaschutz würde unter Trump also einen großen Rückschritt machen.

Sicherheit. Unter Harris kann die EU mit einer kooperativen und verlässlichen Sicherheitspolitik rechnen. Die NATO und die gemeinsame Verteidigungsverpflichtung zweifelt sie nicht an. Die umfangreiche Unterstützung der Ukraine würde sie fortführen.

Trumps Sicherheitspolitik ist unberechenbar. Ein NATO-Austritt der USA unter seiner Feder wäre unwahrscheinlich – allerdings stellt er immer wieder die gemeinsame Verteidigung einzelner Mitgliedsländer infrage. Er will den Krieg in der Ukraine durch Zugeständnisse an Russland beenden.

Was bedeutet all dies für die EU? Mit Kamala Harris sind die Voraussetzungen gut, das aktuelle europäische Verhältnis zu den USA weiterentwickeln zu können. Die Biden/Harris-Politik der vergangenen Jahre war international kooperativ und sicherheitspolitisch verlässlich. Im Falle einer zweiten Präsidentschaft Trumps müsste sich die EU anders aufstellen und eine gute taktische Verhandlungsposition vorbereiten. Das IW empfiehlt dazu drei Schritte:

- **Prioritäten.** Die EU muss sich darüber im Klaren sein, welche politischen und wirtschaftlichen Themen ihr besonders wichtig und somit unverhandelbar sind und wo sie im Zweifel Zugeständnisse machen kann.
- **Kompromissfähigkeit.** Um Kompromisse mit Trump eingehen zu können, muss die EU Angebote für Verhandlungen mit den USA entwickeln. Beispiele wären militärische Mehrausgaben oder erweiterte Funktionsübernahmen im NATO-Kontext.
- **Gegenpositionen.** Die EU muss dazu bereit sein, selbst glaubhafte Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen, sollte Trump dies in einem ersten Schritt tun. Mit dem Anti-

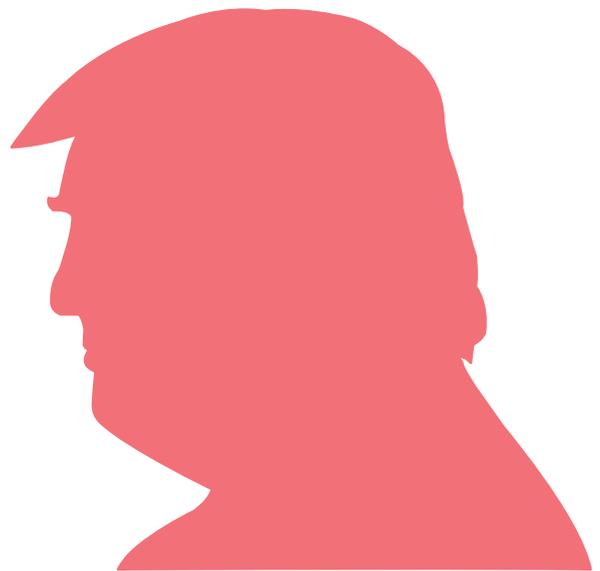
Coercion Instrument hat die EU bereits genau für solche Fälle vorgesorgt – die Verordnung erlaubt es der Staatengemeinschaft, Maßnahmen gegen ein Drittland zu ergreifen, das wirtschaftlichen Zwang auf die Union oder eines ihrer Mitgliedsländer ausübt.

IW-Policy Paper 5/2024

Hubertus Bardt: Trump oder Harris oder ...?

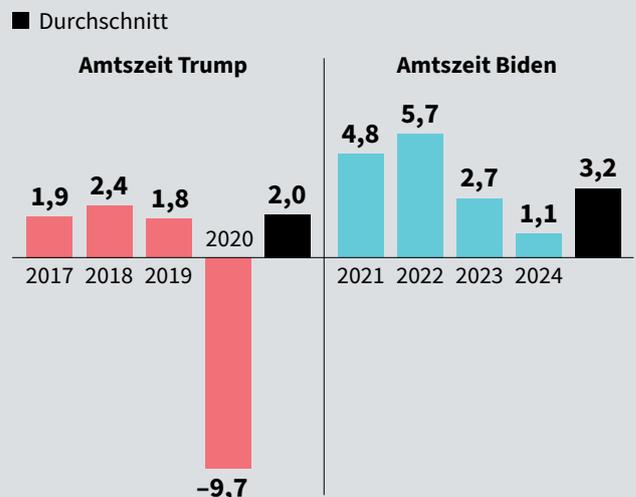
Worauf sich Europa einstellen muss

iwkoeln.de/wahl-usa



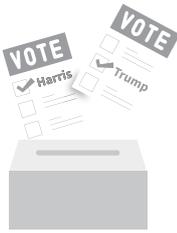
Biden-Regierung schafft mehr Jobs

Zu- beziehungsweise Abnahme der Beschäftigung in den USA im Vergleich zum Vorjahr in Millionen Stellen



2024: Schätzung; Durchschnitte Amtszeiten Trump und Biden: ohne 2020 und 2021, da externer Einfluss durch Coronapandemie

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Interview. Das Rennen um den Präsidentschaftspos-
ten in den USA ist komplett offen. **Simone Menne**,
Präsidentin der American Chamber of Commerce in
Germany, blickt im iwd-Interview auf die potenziellen
wirtschafts- und handelspolitischen Auswirkungen der
beiden möglichen Wahlausgänge und erläutert, wie eine
gute transatlantische Zusammenarbeit zwischen der EU
und den USA generell funktionieren kann.



Foto: Jürgen Mai

„Die amerikanische Wirtschaft ist resilient“

Frau Menne, wie nehmen Sie die Stimmung bei Ihren Mitgliedern mit Blick auf die kommende Präsidentschaftswahl in den USA wahr?

Die größten Sorgen machen sich die von uns vertretenen Unternehmen hinsichtlich der Verlässlichkeit: Wenn sie in den USA investieren und dort Arbeitsplätze sichern oder sogar zusätzliche Stellen schaffen wollen, müssen sie sich darauf verlassen können, dass sich die Gesetzgebung nicht massiv ändert. Dieses Vertrauen in die Stabilität der wirtschaftlichen Umgebung wackelt aktuell – das gilt unabhängig davon, ob

Demokraten oder Republikaner regieren.

Man muss aber auch sagen: Grundsätzlich wird die USA als ein sehr positiver Ort zur Ansiedlung von Unternehmen gesehen. Das hängt auch mit dem Inflation Reduction Act zusammen, der von der Biden-Administration eingeführt wurde.

Empfehlen Sie Ihren Mitgliedern, sich in irgendeiner Weise auf die verschiedenen Wahlausgänge vorzubereiten?

Wir geben keine expliziten Empfehlungen, wie sich unsere Mitglieder verhalten sollen, wenn Donald Trump oder Kamala Harris

gewählt werden. Eine grundsätzliche, parteiunabhängige Empfehlung von uns ist: Schaut euch nicht nur die USA als ganzes Land an, sondern die einzelnen Bundesstaaten. Kalifornien funktioniert zum Beispiel ganz anders als Texas. Es ergibt also Sinn, sich an den einzelnen Bundesstaaten zu orientieren, vielleicht sogar Städtepartnerschaften aufzubauen.

Zumindest bei den großen Technologiekonzernen genießt Donald Trump offenbar Sympathien. Wäre er als Präsident für die US-Wirtschaft tatsächlich die bessere Wahl?

Zwar hat sich die US-Wirtschaft in Trumps erster Amtszeit in einigen Branchen sehr gut entwickelt, einen Wirtschaftsboom gab es in dieser Zeit allerdings nicht. Und unter den Techkonzernen gehen die Meinungen auch auseinander. Es haben sich zwar einige populäre Menschen öffentlichkeitswirksam pro Trump geäußert. Gerade im Silicon Valley gibt es jedoch viele Unternehmer, die sich nicht unbedingt laut in der Öffentlichkeit positionieren, aber – das sieht man am Spendenaufkommen – offensichtlich eher demokratisch gestimmt sind.

In welchen Bereichen würde sich der Status quo für die EU bei einer Wahl Trumps beziehungsweise Harris' am stärksten ändern?

Generell ist es schwer zu sagen, wie die Wirtschaftsprogramme der beiden aussehen werden. Unter Trump würden wahrscheinlich Zölle als handelspolitisches Instrument wieder an Bedeutung gewinnen, worauf sich die EU einstellen müsste. Generell werden die großen Themen nach der Wahl aber wohl erst mal nicht wirtschaftliche sein, sondern sich eher um innenpolitische Streitpunkte wie den Umgang mit Migration und Abtreibungsgesetze drehen.

Was sich – egal, wen die US-Bürger wählen – wohl nicht ändern wird, ist die China-Politik. Wir können uns darauf einstellen, dass es weitere Zölle und Sanktionen geben wird und die USA von ihren Partnern erwarten, diesen Weg mitzugehen.

Trump und Harris unterscheiden sich nicht zuletzt darin, wie sie den Krieg in der Ukraine beenden wollen – Trump setzt wohl auf Zugeständnisse an Russland. Müssen sich Ukrainer bestimmter Gebiete Sorgen machen, bald zu Russland zu gehören?

Da würde ich aufpassen, das nur einer Partei zuzuschreiben. Es kommt ja auch ganz darauf an, wie

die Mehrheitsverhältnisse im Kongress insgesamt sind. Es war nicht einmal die Mehrheit der Republikaner, die gegen eine Unterstützung der Ukraine durch die USA gestimmt hat, sondern es waren nur einige Personen – aber genug, um die Bemühungen auszubremsen. Für die Kräfteverhältnisse ist eben nicht nur ein einzelner Mann oder eine einzelne Frau maßgeblich, sondern es gibt einen Senat, ein Repräsentantenhaus und sehr viele weitere Menschen in wichtigen Positionen. Bislang ist es so, dass die Mehrheit der Abgeordneten inklusive der Republikaner sich eigentlich für eine Ukraine-Unterstützung einsetzt.

Schon seit einigen Jahren gibt es weltweit ein Revival des Protektionismus. Eine weitreichende Handelsinitiative wie TTIP wird es selbst unter der handelsoffeneren Harris voraussichtlich nicht geben. Wie könnte sich die handelspolitische transatlantische Zusammenarbeit dennoch verbessern?

Wir setzen uns natürlich sehr für Freihandelsabkommen ein. Ich glaube auch nicht, dass es so eine große Initiative wie TTIP noch einmal geben wird. Was aber denkbar wäre, sind kleinere Abkommen auf bestimmten Gebieten, wo es noch nicht so viele festgelegte Regeln gibt. Was wir zum Beispiel brauchen und was wir unterstützen, ist ein Handelsabkommen für Stahl und Aluminium.

Ein starkes Projekt, das die Biden-Regierung und die EU eingeführt haben, ist das Trade and Technology Council, kurz TTC. Das ist ein transatlantisches Kooperationsforum, in dem gemeinsam Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen koordiniert und mögliche Regulierungen besprochen werden. Es hat sich sehr bewährt, dort miteinander zu sprechen, gerade wenn es nötig wurde, schnell zu handeln – Stichwort Sanktionen. Im Moment ist das

TTC ein bisschen stillgelegt, unsere Hoffnung wäre, dass die Gespräche nach der Wahl wieder aufleben. Ob das bei einer zweiten Präsidentschaft Trumps gelingen würde, müssten wir dann sehen.

Unabhängig vom Wahlausgang setzen wir uns auch dafür ein, dass es Regeln zum Thema künstliche Intelligenz gibt und dass auf diesem Gebiet versucht wird, transatlantische Standards zu setzen. Für die Wirtschaft ist es immens wichtig, dass die gesetzlichen Vorgaben nicht in jedem Land unterschiedlich sind. Das unterstreicht noch mal die große Bedeutung des TTC, wo Grundlagen für solche einheitlichen Standards gelegt werden können.

Mögen Sie eine Einschätzung abgeben, wer die Wahl in den USA gewinnt?

Nein, dafür ist es zu knapp. Es entscheiden ein paar Swing States, in denen Trump und Harris noch Wählerinnen und Wähler gewinnen müssen. Natürlich gibt es mit dem Wechsel von Biden zu Harris als Kandidatin der Demokraten jetzt eine neue Dynamik – wir haben aber auch gesehen, dass Umfragen in der Vergangenheit manchmal völlig falschlagen, nicht nur in den USA.

Wie die Wahl am Ende auch ausgehen mag – die amerikanische Wirtschaft ist verhältnismäßig resilient. Große Unternehmen wie BMW, VW oder Siemens sind schon mehrere Jahrzehnte in den USA aktiv und haben in dieser langen Zeit immer wieder mit wechselnden US-Regierungen zusammengearbeitet. Wir als AmCham Germany wollen in erster Linie die Wirtschaft fördern. Unsere Aufgabe ist es, Politikerinnen und Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks davon zu überzeugen, was gut für die Wirtschaft ist, weil das letzten Endes – davon bin ich fest überzeugt – auch gut für die Gesellschaft ist.

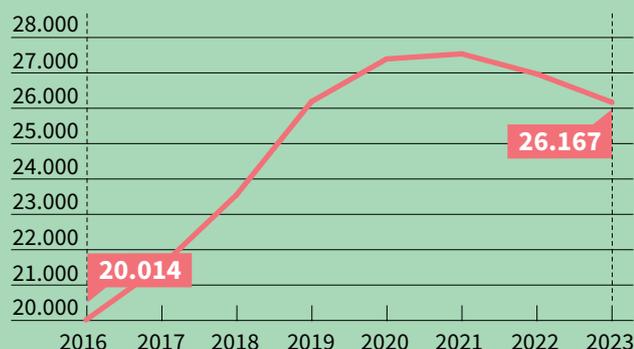
Faire Bohnen

Handel. Der faire Handel in Deutschland hat im vergangenen Jahr ein Umsatzplus verzeichnet – trotz des allgemein zurückhaltenden Konsums der Bundesbürger infolge der aktuell schwierigen Wirtschaftslage. Besonders wichtig unter den fairen Produkten sind Kaffee und Schokolade.

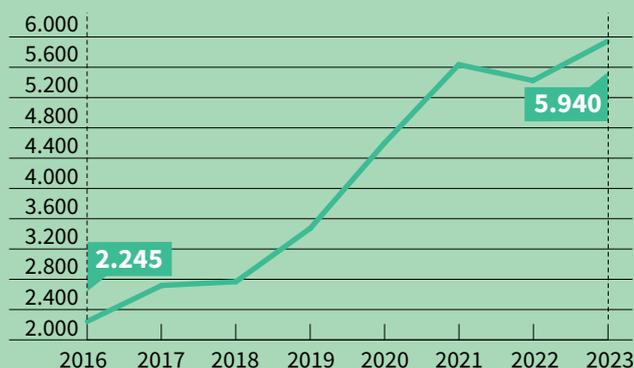
Fair gehandelte Produkte: Kaffee verliert zuletzt, Schokolade gewinnt

Absatz in Deutschland in Tonnen

Kaffee



Schokolade



Quelle: Forum Fairer Handel
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Nur der Preis zählt, alles andere ist egal – diese Geiz-ist-geil-Mentalität wird den Verbrauchern in Deutschland häufig unterstellt. Doch zumindest für einen Teil der Konsumenten spielt auch das gute Gewissen beim Einkauf eine Rolle. Das zeigt der Markt für fair gehandelte Produkte, die den Erzeugern auskömmliche Einnahmen gewährleisten sollen und unter Einhaltung der Menschenrechte umweltschonend hergestellt werden. Zwar gaben die Bundesbürger im vergangenen Jahr durchschnittlich nur knapp 28 Euro für faire Lebensmittel, Textilien und Handwerksprodukte aus. Doch das Marktsegment wächst:

Der in Deutschland erzielte Umsatz mit fair gehandelten Waren stieg 2023 gegenüber dem Vorjahr um gut 7 Prozent auf mehr als 2,3 Milliarden Euro.

Mit einem Anteil von knapp 39 Prozent am Gesamtumsatz ist fair gehandelter Kaffee das wichtigste Fairtrade-Produkt in der Bundesrepublik (Grafik Seite 7). Im vergangenen Jahr legte der Umsatz mit den fairen Bohnen hierzulande um 16 Prozent zu. Allerdings dürfte dies vor allem auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die Fairtrade-Organisation die Mindestpreise für fairen Kaffee zuletzt deutlich angehoben hat – um 19 Prozent für Robusta- und 29 Prozent für Arabica-Kaffeesorten. Diese Preissprünge haben den einen oder anderen Verbraucher wohl doch abgeschreckt (Grafik):

Die Menge des in Deutschland abgesetzten fair gehandelten Kaffees ist im vergangenen Jahr um 3 Prozent auf gut 26.000 Tonnen zurückgegangen.

Der Markt für ein anderes klassisches Fairtrade-Produkt ist dagegen zuletzt weiter expandiert:

Fair gehandelte Schokolade verzeichnete in Deutschland im vergangenen Jahr ein Absatzplus von 9,5 Prozent.

Ob fair oder konventionell produziert: Insgesamt essen die Bundesbürger jährlich pro Kopf knapp acht Kilogramm Schokolade – als Tafel, Praline oder Schokofigur. Für die geliebte Süßigkeit werden die Verbraucher in nächster Zeit allerdings voraussichtlich deutlich mehr zahlen müssen. Denn schlechte Ernten in den wichtigsten Anbauländern Côte d’Ivoire (Elfenbeinküste) und Ghana haben die Preise für Rohkakao in die Höhe schnellen lassen:

Anfang 2023 kostete eine Tonne Kakaobohnen an der Börse noch ungefähr 2.300 Dollar – im laufenden Jahr stieg der Preis zeitweise auf bis zu 10.000 Dollar.

Von diesen höheren Preisen profitieren die Kakao-bauern außerhalb des Fairtrade-Netzwerks allerdings in den seltensten Fällen. Die Hintergründe:

Im Globalen Süden arbeiten mehr als 5,5 Millionen Menschen im Kakaoanbau. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf leben die Bauern deutlich unter der von der Weltbank definierten Grenze für extreme Armut von 2,15 Dollar am Tag. Ihre Ernten fallen zunehmend kleiner aus, da die Baumbestände alt und größtenteils in Monokulturen angelegt sind, wodurch sie anfälliger für Schädlinge, Krankheiten und Wetterextreme sind.

Tatsächlich haben sich Pilze und andere Baumkrankheiten in den vergangenen Jahren stark ausgebreitet. Um den gesunden Baumbestand zu retten, mussten in einigen Regionen mehrere 100 Hektar kranke Kakao-bäume gefällt werden.

Für einen nachhaltigeren und klimaresilienteren Kakaoanbau in sogenannten Agroforstsystemen fehlt es im Globalen Süden an den nötigen Investitionen.

Um den Kakaobauern zu helfen, könnte die deutsche Bundesregierung etwa zusätzliche Mittel für eine schnelle und bedarfsgerechte Hilfe bei klimabedingten Schäden bereitstellen.

Fairer Handel: Kaffee ist der größte Umsatzbringer

So viel Prozent des Umsatzes mit fair gehandelten Produkten in Deutschland entfielen im Jahr 2023 auf ...



Quelle: Forum Fairer Handel © 2024 IW Medien / iwd

Gleich und doch anders

Fachkräfte. In West- und Ostdeutschland ist die Fachkräftesituation ähnlich angespannt – meist sind davon zudem die gleichen Berufsbilder betroffen. Doch zwischen den beiden Regionen bestehen insbesondere mit Blick auf die Beschäftigten auch einige Unterschiede.

Wo die meisten Fachkräfte fehlen

So viele Fachkräfte fehlten im Jahr 2023 in dem jeweiligen Bereich

Westdeutschland



14.554

Gesundheits- und
Krankenpflege



14.365

Bauelektrik



13.304

Verkauf (ohne
Produktspezialisierung)



12.769

Kraftfahrzeugtechnik



12.227

Altenpflege

Ostdeutschland



3.437

Bauelektrik



3.081

Gesundheits- und
Krankenpflege



2.994

Altenpflege



2.574

Kraftfahrzeugtechnik



2.489

Mechatronik

Fachkräfte: Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Die Arbeitsmärkte in Ost und West haben sich in den vergangenen Jahren teils sehr ähnlich entwickelt – das zeigt unter anderem der Fachkräftemangel in den beiden Regionen:

Zwischen 2010 und 2023 stieg der Anteil der offenen Stellen, für die keine passend qualifizierten Arbeitslosen zur Verfügung standen, in Westdeutschland von 12,9 auf 45,6 Prozent und in Ostdeutschland von 4,9 auf 38,9 Prozent.

In beiden Landesteilen fehlen Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, Menschen mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss sowie Master- beziehungsweise Diplomabsolventen.

Außerdem fehlen qualifizierte Arbeitskräfte in Ost und West häufig in denselben Berufsgattungen.

Offene Stellen für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung bleiben vor allem in Sozial- und Gesundheitsberufen sowie im MINT-Bereich unbesetzt, wie eine aktuelle Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) zeigt (Grafik):

Im Westen ist die Fachkräftelücke in der Gesundheits- und Krankenpflege am höchsten – annähernd 15.000 Stellen blieben im Jahr 2023 in diesem Bereich unbesetzt.

Im Osten besteht in dieser Berufsgattung mit gut 3.000 offenen Stellen die zweitgrößte Lücke. Auf dem ersten Platz liegt dort die Bauelektrik: In diesem Bereich fehlen etwa 3.400 Fachkräfte.

Darüber hinaus gehören in beiden Teilen Deutschlands die Kraftfahrzeugtechnik und die Altenpflege zu den Berufen mit dem größten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Ein Ost-West-Gefälle gibt es demnach nicht in Sachen Fachkräftemangel. Betrachtet man die Lage deutschlandweit, ist die Stellenbesetzung besonders im Süden

sehr schwer, sodass man eher von einem Nord-Süd-Gefälle sprechen kann.

Dennoch unterscheidet sich die Arbeitsmarktlage zwischen Ost- und Westdeutschland in mehreren Punkten – zum Beispiel beim Alter der Beschäftigten (Grafik):

In Ostdeutschland sind die Beschäftigten bereits jetzt durchschnittlich 0,7 Jahre älter als in Westdeutschland.

Außerdem gibt es in den ostdeutschen Bundesländern weniger Nachwuchskräfte: Der Anteil jüngerer Beschäftigter zwischen 20 und 29 Jahren fiel dort im Betrachtungszeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 gut 2 Prozentpunkte niedriger aus als im Westen.

Zugleich liegt der Anteil älterer Beschäftigter zwischen 55 und 64 Jahren in Ostdeutschland bei 23,9 Prozent, in Westdeutschland dagegen nur bei 22,6 Prozent.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gilt es daher vor allem im Osten, ältere Beschäftigte – auch über das Renteneintrittsalter hinaus – in den Arbeitsmarkt einzubinden.

Unterschiede zeigen sich zudem bei ausländischen Fachkräften, die in Ostdeutschland seltener vertreten sind:

Der Anteil der EU-Ausländer und Drittstaaten-Angehörigen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt im Osten bei rund 9 Prozent – im Westen sind es etwa 12 Prozent.

Betrachtet man Ostdeutschland ohne Berlin, fällt die Differenz zwischen den beiden Landesteilen sogar noch deutlich größer aus.

Immerhin: In den vergangenen Jahren gab es in allen Bundesländern einen Zuwachs an ausländischen Beschäftigten – in Berlin ist ihr Anteil allerdings bundesweit am höchsten.

Zwar nutzt Westdeutschland insgesamt das Potenzial von Fachkräften aus dem Ausland stärker, dafür ist dort das Arbeitsvolumen von Frauen gegenüber Ostdeutschland niedriger:

Im Durchschnitt arbeiten Frauen in Westdeutschland rund vier Stunden pro Woche weniger als weibliche Erwerbstätige im Osten.

Ein möglicher Grund dafür ist die unzureichende Betreuung in Kitas: In Westdeutschland stehen gemessen am Bedarf weniger Betreuungsplätze zur Verfügung, die Betreuungszeiten sind kürzer und die Betreuungsquoten niedriger.

Deshalb kümmern sich viele Frauen, deren Kinder keinen Kitaplatz erhalten, selbst um die Betreuung für ihren Nachwuchs. In dieser Zeit können sie entweder gar keiner Beschäftigung nachgehen oder nur in Teilzeit arbeiten.

**Arbeitsmarkt:
Unterschiede zwischen Ost und West**

- Westdeutschland
- Ostdeutschland

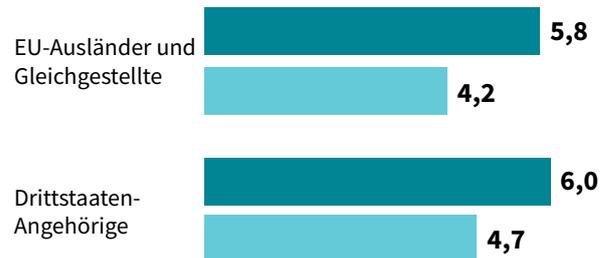
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Erwerbstätigen im Jahr 2022 in Stunden



Durchschnittliches Alter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2022 in Jahren



Anteil der ausländischen Beschäftigten mit mindestens abgeschlossener Berufsausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit dieser Qualifikation im Jahresdurchschnitt 2022/2023 in Prozent



Jahresdurchschnitt 2022/2023: Zeitraum vom 1.7.2022 bis 30.6.2023

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



KOFA Kompakt 6/2024

Gero Kunath, Lydia Malin, Dirk Werner: Fachkräftengpässe in West- und Ostdeutschland – ähnliche Probleme, unterschiedliche Lösungsansätze

kofa.de/fachkraefte-ost-west

Spiel mit dem Feuer

Bundshaushalt. Deutschland investiert in den nächsten Jahren mindestens 2 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung – zumindest auf dem Papier. Doch die Rechnung der Bundesregierung ist teils intransparent. Außerdem bleiben mittelfristige Finanzierungsprobleme ungelöst. Das könnte sich rächen.

Lange war das NATO-Ziel unverbindlich, doch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde es verpflichtend: Jedes Mitglied des Verteidigungsbündnisses muss jedes Jahr 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die eigene Verteidigung investieren.

Deutschland erreicht die Vorgabe nach jahrelanger Unterfinanzierung der Bundeswehr im Jahr 2024 zum ersten Mal (Grafik):

Die Verteidigungsausgaben von 90,6 Milliarden Euro setzen sich zusammen aus dem Etat für das Verteidigungsministerium, Geld aus dem Sondervermögen der Bundeswehr, Verteidigungshilfe für Partnerstaaten und nicht näher erklärten Geldern aus anderen Teilen des Bundshaushalts.

Vor allem der letzte Posten ist kritisch zu sehen. Vor einigen Jahren noch bewegten sich die nicht erklärten Finanzmittel im Bereich von 2 bis 3 Milliarden Euro. Der sprunghafte Anstieg auf mehr als 11 Milliarden Euro sowie die Intransparenz lassen vermuten, dass der Begriff Verteidigung weiter gefasst ist als früher, um auf dem Papier das 2-Prozent-Ziel zu erreichen.

Ebenso problematisch ist die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung. Denn ab 2028 könnte eine riesige Lücke entstehen. So sinkt die Ukraine-Hilfe in den kommenden Jahren laut Planung und fällt 2028 komplett weg. Auch das Sondervermögen der Bundeswehr wird bis 2028 größtenteils ausgeschöpft sein. Der Verteidigungsetat bleibt zudem in den kommenden Jahren annähernd gleich. Bei nominal steigendem BIP sinkt somit der prozentuale Anteil der Verteidigungsausgaben zwangsläufig. Das weiß auch die Ampelkoalition:

Im Jahr 2027 soll der Verteidigungsetat laut mittelfristiger Finanzplanung 53,5 Milliarden Euro betragen, 2028 soll er dann sprunghaft auf 80 Milliarden Euro steigen.

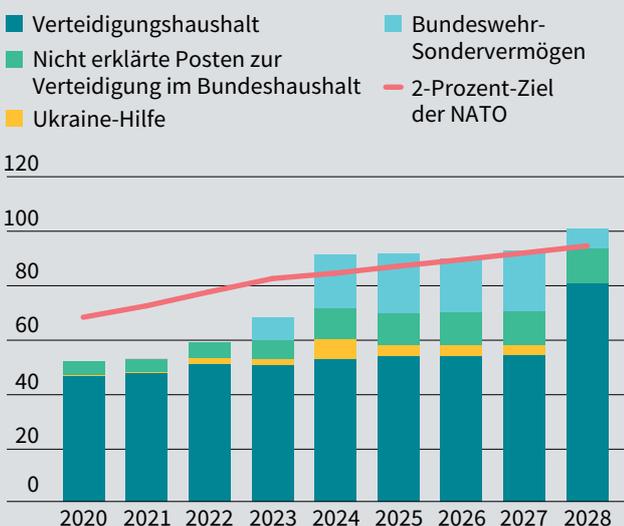
Doch um die Kürzungen im Haushalt, die diesen Anstieg finanzieren sollen, müsste sich die nächste Regierung kümmern. Damit geht die Ampel erhebliche Risiken ein:

Zum einen muss die Bundesrepublik zu ihren Bündniszusagen stehen. Mit einem möglichen US-Präsidenten Trump könnten die Konsequenzen weitreichend sein, wenn Deutschland sein Soll nicht erfüllt.

Zum anderen muss die Bundeswehr solide finanziert werden, damit sie im Ernstfall einsatzbereit ist. Buchungstricks untergraben dieses Vorhaben.

Verteidigung: Künftige Finanzierung mit Fragezeichen

So viele Milliarden Euro hat die Bundesregierung in die Verteidigung gesteckt bzw. will sie dafür ausgeben



Nicht erklärte Posten: Mittel, die als Verteidigungsausgaben an die NATO gemeldet, von der Bundesregierung aber nicht im Detail ausgewiesen werden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 52/2024

Hubertus Bardt: 2-Prozent-Nato-Ziel kann erreicht werden – Planung mit erheblichen Risiken

iwkoeln.de/nato

Der geteilte Markt

IW-Wohnindex. Im zweiten Quartal 2024 haben sich die Kaufpreise für Wohnimmobilien in Deutschland nur wenig verändert. Der Trend bei den Wohnungsmieten zeigt dagegen weiter deutlich nach oben. Ein Grund ist die hohe Nachfrage nach Mietwohnungen bei einem schrumpfenden Angebot.

Die aktuellen Ergebnisse des IW-Wohnindex zeigen einen weiterhin geteilten Markt für Wohnimmobilien. So ziehen die Kaufpreise für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie für Eigentumswohnungen zwar am aktuellen Rand leicht an – im zweiten Quartal stiegen sie gegenüber dem vorherigen Dreimonatszeitraum jeweils um etwa 1 Prozent. Verglichen mit dem bisherigen Höchstwert von Anfang 2022 waren die Preise zuletzt aber noch um etwa 10 Prozent niedriger. Bei den Mieten setzte sich der Aufwärtstrend dagegen fort (Grafik):

Im bundesweiten Durchschnitt lagen die Mieten im zweiten Quartal 2024 um 5,5 Prozent über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Sowohl in den Städten als auch auf dem Land verteuerte sich das Wohnen zur Miete abermals merklich. Am stärksten legten die Mieten mit durchschnittlich plus 8 Prozent in den Metropolen zu, wobei Berlin mit einem Anstieg um mehr als 13 Prozent an der Spitze liegt.

Erklären lassen sich diese Trends mit dem Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage. So lassen die höheren Zinsen viele potenzielle Immobilienkäufer zögern. Zugleich ist die Zahl der inserierten zum Verkauf stehenden Eigentumswohnungen seit dem ersten Quartal 2022 um knapp 70 Prozent gestiegen, die Zahl der zum Verkauf angebotenen

Ein- und Zweifamilienhäuser hat sich sogar fast verdoppelt. All dies drückt auf die Preise.

Genau umgekehrt ist die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt:

Vom ersten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2024 ist die Zahl der inserierten Mietwohnungen um 18 Prozent gesunken.

Am deutlichsten verringerte sich die Zahl der angebotenen Mietwohnungen zuletzt in den Großstädten,

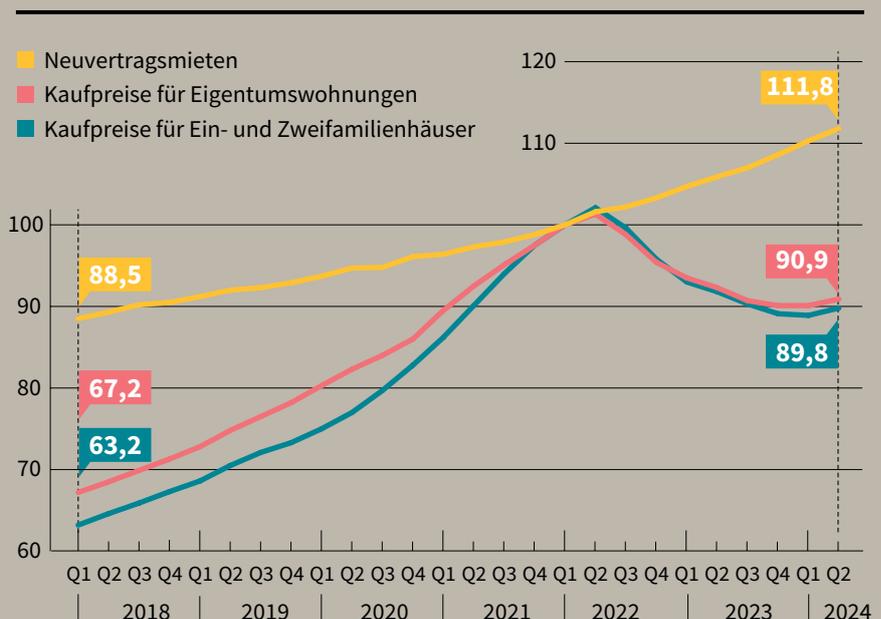
aber auch in den ländlichen Regionen wurden Wohnungsinserate spärlicher. Dieses knappere Angebot trifft auf eine hohe Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum – was die Mieten nach oben treibt.

IW-Report 31/2024

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:
IW-Wohnindex – Angebot und Nachfrage bestimmen Preise
iwkoeln.de/wohnindex-q2-2024

IW-Wohnindex: Unterschiedliche Trends bei Kaufpreisen und Mieten

in Deutschland, erstes Quartal 2022 = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Gleiche Energiequelle, neue Lage

Rohstoffe. Erdöl gilt als schwarzes Gold. Einst machte es amerikanische Dynastien reich, heute können vor allem arabische Staaten dank ihrer Bodenschätze finanziell aus dem Vollen schöpfen. Gleichwohl zeigen jüngste Daten, dass sich der Ölmarkt nachhaltig verändert.

Der Ölpreis gilt als Fieberkurve des Weltgeschehens. Wird global viel gehandelt und verdient, steigt der Kurs, strauchelt die Wirtschaft, sinkt der Preis. Auch geopolitische Krisen beeinflussen den Kurs (Grafik):

Als Russland im Februar 2022 die Ukraine angriff, schnellten die Ölpreise in die Höhe.

Allerdings sind die Ausschläge inzwischen moderater als beispielsweise zu Zeiten der Ölkrisen der 1970er und

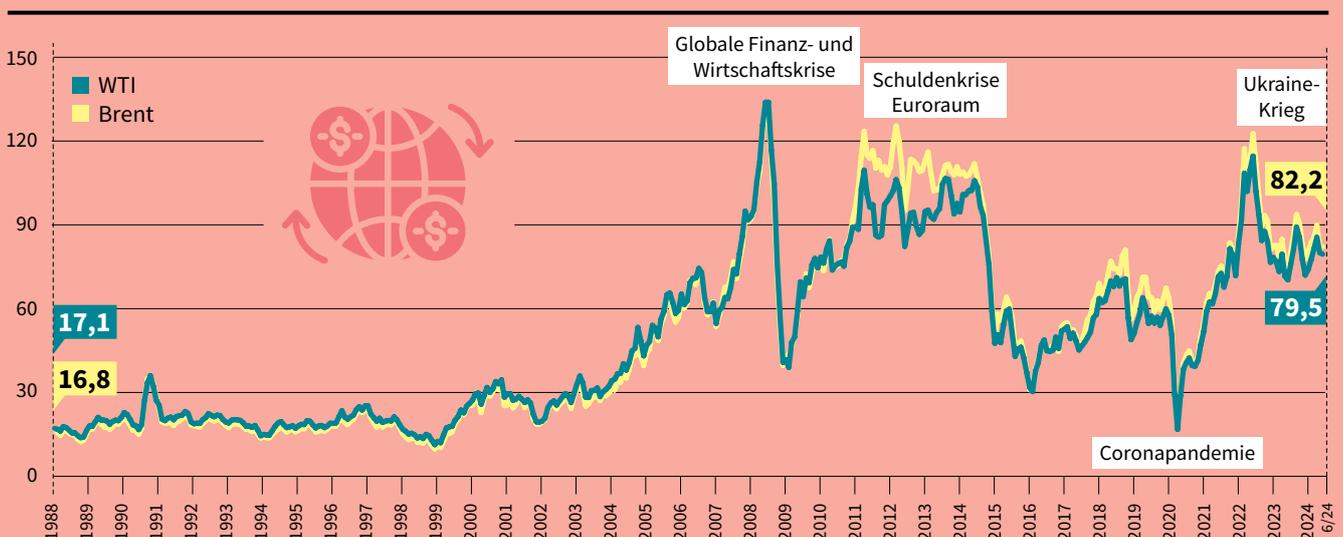
1980er Jahre. Das hat verschiedene Gründe: Erstens haben viele Staaten ihr Risiko diversifiziert. Indem sie auf mehrere Lieferanten setzen, sind sie nicht mehr so stark von einer Lieferregion – beispielsweise dem arabischen Raum – abhängig wie früher.

Zweitens ist die sogenannte Ölintensität gesunken:

Im Jahr 1980 waren noch 855 Barrel Öl erforderlich, um 1 Million Dollar an Wirtschaftsleistung zu

Ölpreise: Spiegel der Weltlage

Monatlicher Durchschnittspreis für ein Barrel in Dollar



WTI: West Texas Intermediate, die für Amerika wichtigste Rohölsorte; Brent: die für Europa wichtigste Sorte und Referenz für den Weltmarkt
Barrel: entspricht rund 159 Liter

Quellen: Macrobond, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

erzielen – 2022 brauchte es nur noch 396 Barrel, also weniger als die Hälfte.

In Deutschland ist der Erdölverbrauch allein in den vergangenen 25 Jahren um fast ein Drittel zurückgegangen – unter anderem, weil Unternehmen deutlich effizienter produzieren. Entsprechend taugt Öl heute schlechter dazu, geopolitisch Druck aufzubauen.

Drittens reduziert die zunehmende E-Mobilität die Nachfrage nach Erdöl. Schon im Jahr 2021 führten E- und Hybrid-Fahrzeuge laut Bloomberg dazu, dass 1,5 Millionen Barrel Öl pro Tag eingespart wurden. Das waren etwa 3,3 Prozent des weltweiten Tagesbedarfs. Für 2035 geht der BP-Konzern davon aus, dass es pro Tag allein dank E-Autos und Co. 3,4 Millionen Barrel Öl weniger sein werden.

Nichtsdestotrotz ist die Nachfrage momentan so hoch wie nie (Grafik):

Seit dem Ende der Coronapandemie liegt die tägliche Menge an Produkten, die aus Erdöl und -gas hergestellt werden, im Durchschnitt bei umgerechnet mehr als 80 Millionen Barrel – Tendenz steigend.

Laut BP-Prognose dürfte die Produktion allerdings bereits 2025 ihren absoluten Höhepunkt erreichen – befeuert durch die Veränderungen im Transportsektor.

Mit Prognosen ist das aber bekanntlich so eine Sache, vor allem im Energiesektor. Da hieß es schon vor Jahrzehnten, dass die Öl- und Gasvorräte bald zur Neige gehen würden. Doch dann wurden immer neue Vorkommen entdeckt und andere Fördertechniken entwickelt (Grafik):

Aktuell sind weltweit rund 1.700 Fördertürme für Öl und Gas in Betrieb – viel weniger als vor einem halben Jahrhundert. Sie fördern aber deutlich höhere Mengen zutage.

Das liegt unter anderem daran, dass die Ölfirmen ihre Förderanlagen zum einen verstärkt dort einsetzen, wo sie besonders große Vorkommen vermuten. Zum anderen wird unter jedem Förderturm viel umfassender als früher horizontal gebohrt, um Vorräte anzuzapfen, die rechts und links des Bohrlochs lagern.

So geht BP denn auch davon aus, dass die Fördermenge nur langsam sinken wird – zumindest unter normalen Marktbedingungen ohne weitere staatliche Intervention.

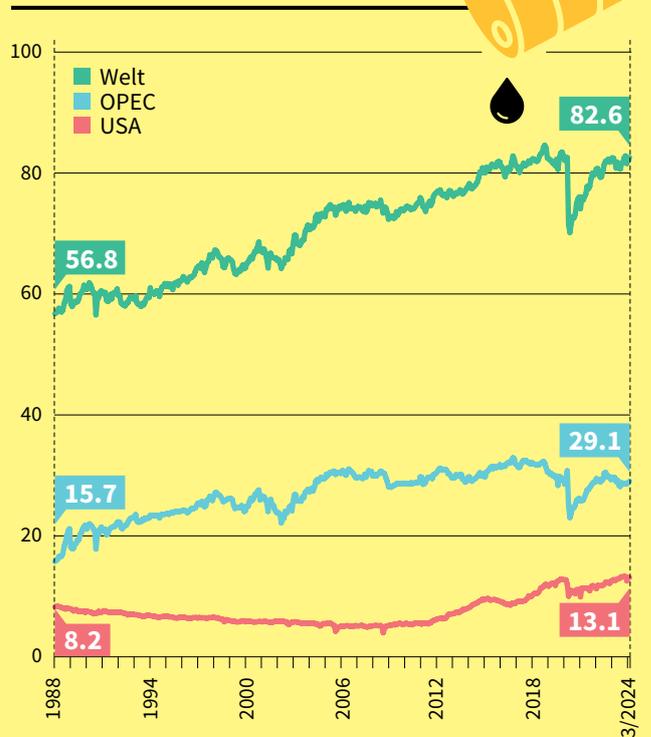
IW-Kurzbericht 85/2023

Galina Kolev-Schaefer: Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Ölpreisschwankungen

iwkoeln.de/oelpreis

Immer mehr Energieprodukte

Tägliche Herstellungsmenge von Produkten aus Erdöl und -gas in Millionen Barrel



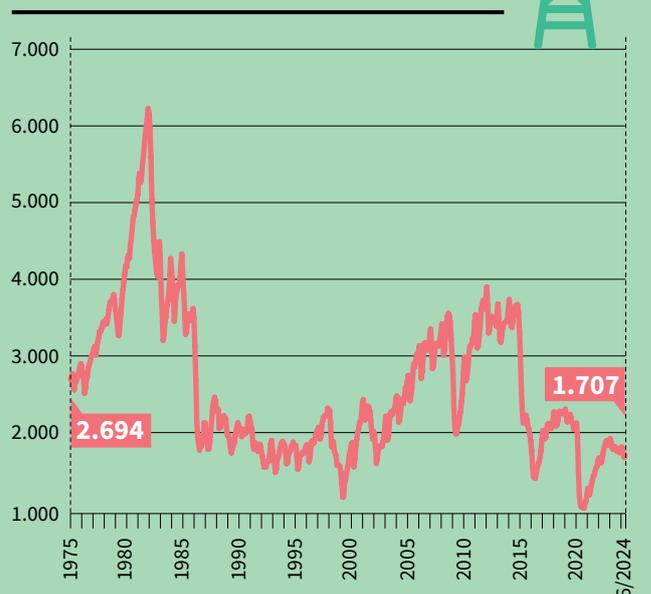
OPEC: Organisation erdölexportierender Länder mit aktuell zwölf Mitgliedern. Insgesamt sind die OPEC-Mitgliedsstaaten für ungefähr 40 Prozent der weltweiten Erdölproduktion verantwortlich und verfügen über drei Viertel der weltweiten Erdölreserven

Quellen: Macrobond, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Fördertürme: Ein Auf und Ab

Zahl der Fördertürme für Öl und Gas weltweit



Quellen: Macrobond, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Schwerpunkt Forschung

Pharmabranche. Die Patentaktivitäten der pharmazeutischen Industrie in Deutschland konzentrieren sich auf regionale Cluster. Um diese Innovationsstandorte zu stärken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Bundesregierung ihre Pharmastrategie konsequent weiterverfolgen.

Mehr als 7,9 Milliarden Euro haben die Unternehmen der Pharmaindustrie in Deutschland im Jahr 2021 aufgewendet, um neue Technologien, Arzneimittel und Wirkstoffe zu entwickeln. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Umsatz betrug fast 12 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (gut 5 Prozent). Das liegt nahe, ist es doch ein wesentliches Ziel der deutschen Pharmabranche, die Möglichkeiten zur Behandlung von Krankheiten immer weiter zu verbessern.

Die damit befassten Unternehmen in Deutschland konzentrieren sich auf wenige, eng vernetzte Regionen – das schlägt sich auch in den Patentanmeldungen nieder, wie die IW-Patentdatenbank zeigt (Grafik):

Von den insgesamt 4.341 Patenten, die pharmazeutisch tätige Unternehmen von 2017 bis 2021 angemeldet haben, ließen sich mehr als 90 Prozent Erfindern mit Wohnsitz in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz oder Berlin zuordnen.

Die größte Bedeutung für die Patentaktivität hat ein historisch gewachsenes Pharmacluster, welches von den Regionen rund um Frankfurt und Darmstadt bis hinein nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz reicht.

Schaut man auf die Bundesländer im Einzelnen, ragt ein Standort hervor:

Die pharmazeutischen Unternehmen in Hessen haben von 2017 bis 2021 mit 1.093 Patenten mehr als 8 Prozent aller in diesem Bundesland registrierten Anmeldungen beigesteuert.

Auch in Rheinland-Pfalz ist die Pharmaindustrie ein wichtiger Innovationsmotor – 7 Prozent aller Patentanmeldungen mit Erfindersitz in diesem Bundesland entfielen im Betrachtungszeitraum auf pharmazeutisch tätige Unternehmen. Angesichts der führenden Rolle, die rheinland-pfälzische Pharmafirmen in der Impfstoffentwicklung eingenommen haben, könnte das Bundesland im Patentranking weiter aufsteigen.

In Baden-Württemberg und Bayern lag der Anteil der Patente aus der Pharmaindustrie an allen Anmeldungen zuletzt jeweils nur bei etwa 1 Prozent. Dabei gehören diese Länder zu den vier patentstärksten Pharmastandorten Deutschlands. Der geringe Anteil resultiert also vielmehr daraus, dass Unternehmen anderer Branchen dort überdurchschnittlich patentaktiv sind – etwa aus der Automobilindustrie.

Ungeachtet dieser positiven Befunde hat die deutsche Pharmasperte im internationalen Patentwettbewerb zuletzt an Boden verloren:

Im Jahr 2017 stammten mehr als 9 Prozent der weltweiten Patentanmeldungen im pharmazeutischen Bereich von Erfindern in Deutschland – 2021 betrug der Anteil nur noch 7 Prozent.

Die USA bauten derweil ihre dominierende Stellung aus – ihr Anteil an den globalen Pharma-Patentanmeldungen stieg von gut 35 auf 38 Prozent.

Ein Problem Deutschlands ist, dass Ergebnisse der Grundlagenforschung zu selten in klinische Studien münden, aus denen dann patentreife Medikamente hervorgehen könnten. Immerhin setzt die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung beschlossene Pharmastrategie wichtige Anreize, damit sich das ändert. So will die Politik unter anderem den Weg zu mehr und schnelleren klinischen Studien ebnen – zum Beispiel durch Musterverträge und verkürzte Genehmigungsfristen. Außerdem sieht die Strategie vor, Innovations- und Forschungsprojekte stärker zu fördern – etwa durch Steueranreize. Wichtig ist jetzt, dass die Bundesregierung all diese Vorhaben schnell und konsequent umsetzt.

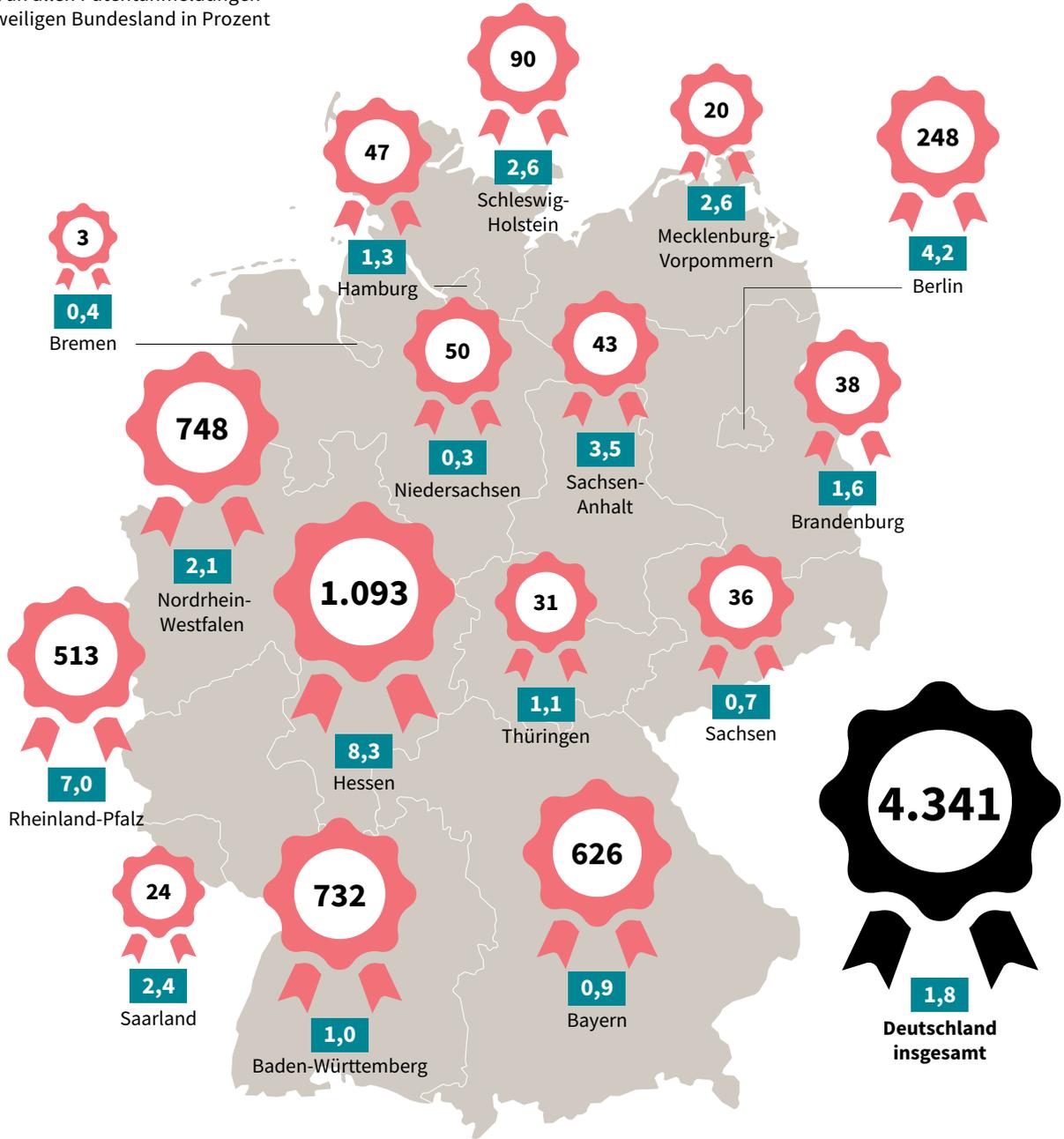
IW-Kurzbericht 50/2024

Maike Haag, Simon Schumacher: Pharmazeutische Forschungszentren – Patentaktivität braucht räumliche Nähe
iwkoeln.de/pharmaforschung

Pharmabranche: Wo die Patenthochburgen liegen

So viele Patente haben pharmazeutisch tätige Unternehmen in den Jahren 2017 bis 2021 angemeldet

■ Anteil an allen Patentanmeldungen im jeweiligen Bundesland in Prozent



Patentanmeldungen: Zuordnung zu den einzelnen Bundesländern nach dem Wohnsitz des Erfinders
Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2024 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche

Prozent mehr alkoholfreies Bier als zehn Jahre zuvor produzierten die Brauereien hierzulande im Jahr 2023, wie das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat. Während 2013 erst 267 Millionen Liter nicht alkoholischer Gerstensaft hergestellt wurden, waren es im vergangenen Jahr bereits 556 Millionen Liter.

Ähnlich – nur mit deutlich geringerem Zuwachs – sieht es bei den Biermischgetränken aus. Sie sind zwar nicht gänzlich alkoholfrei, aber niedrigprozentiger als reguläres Bier. In den vergangenen zehn Jahren hat auch dieses Marktsegment an Bedeutung gewonnen: Seit 2013 ist die hergestellte Menge in Deutschland um rund 11 Prozent gestiegen und liegt nun bei knapp 363 Millionen Litern.

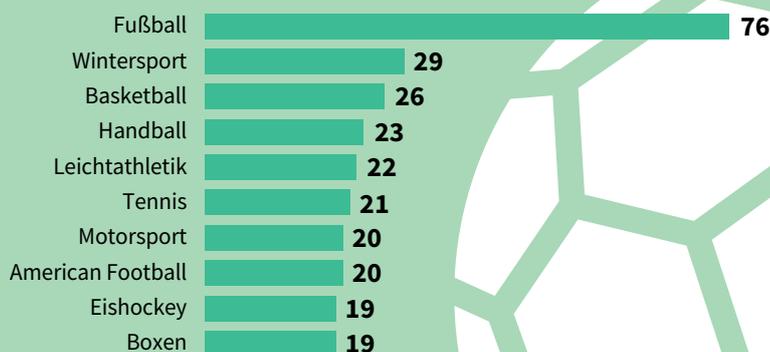
Der Trend zu Malzbier, Radler und Co. geht offenbar auf Kosten von klassischem Bier: Die Produktionsmenge war im Jahr 2023 verglichen mit alkoholfreien Bieren und Biermischgetränken mit rund 7,2 Milliarden Litern zwar nach wie vor sehr hoch – zehn Jahre zuvor waren es jedoch noch 1,2 Milliarden Liter mehr.

Top-Liste: König Fußball regiert

In diesem Jahr sind die deutschen Sportenthusiasten bereits voll auf ihre Kosten gekommen. Ein erster Höhepunkt war die Fußballeuropameisterschaft im eigenen Land, dann folgten die Olympischen Sommerspiele in Frankreich. Hierzulande dominiert der Fußball das sportliche Interesse der Bundesbürger. Laut einer aktuellen Statista-Umfrage verfolgen 76 Prozent der Sportbegeisterten in Deutschland diesen Sport am liebsten. Generell haben Ballsportarten viele Fans – unter den zehn beliebtesten Sportarten sind auch Basketball, Handball, Tennis und American Football zu finden. Wenn es doch mal was anderes sein soll, dann fiebern die Bundesbürger gern beim Wintersport mit – 29 Prozent der Befragten gaben an, Wintersportwettbewerbe zu verfolgen, etwa im Skispringen und im Biathlon.

Welche Sportarten die Deutschen am liebsten schauen

So viel Prozent der sportinteressierten Bundesbürger verfolgen diese Sportarten



Wintersport: Oberbegriff, der Sportarten wie zum Beispiel Skispringen, Biathlon, Eiskunstlauf usw. zusammenfasst
Befragung von 12.212 Sportinteressierten im Alter von 18 bis 64 Jahren in Deutschland von April 2023 bis März 2024

Quelle: Statista Consumer Insights
© 2024 IW Medien / iwd

iwd